

Organisationsreglement der Geschäftsprüfungskommission (GPK)

Jede Personenbezeichnung in diesem Dokument gilt sinngemäss für Personen jeden Geschlechts.

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 1 Gegenstand und Rechtsgrundlage

1. Dieses Reglement regelt die Organisation, die Zuständigkeiten und die Arbeitsweise der Geschäftsprüfungskommission (im Folgenden: GPK) von alliance care.
2. Er wird von der Delegiertenversammlung auf Antrag der GPK gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. n der Statuten angenommen.
3. Er konkretisiert Art. 5 Buchstabe C und Art. 8 der Statuten von alliance care.
4. Im Falle von Widersprüchen haben die Statuten Vorrang.

Art. 2 Institutionelle Position

1. Die GPK ist ein Fachaufsichtsorgan von alliance care. Sie übt ihr Mandat im Auftrag der Delegiertenversammlung aus, der die Oberaufsicht über die Organe im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Bst. g der Statuten obliegt.
2. Sie handelt im Auftrag der Delegiertenversammlung als oberstem Organ des Vereins gemäß Art. 8 Abs. 1 Bst. a der Statuten.
3. Sie übt ihre Tätigkeit unabhängig vom Pflegebeirat, der Geschäftsleitung und den anderen Organen des Vereins aus.

II. ZUSAMMENSETZUNG UND MANDAT

Art. 3 Zusammensetzung

1. Die GKP besteht gemäß Art. 8 Abs. 2 der Satzung aus fünf (5) bis sieben (7) Mitgliedern.
2. Ein und derselbe Mitgliedsverband darf in der GKP von höchstens einem Mitglied vertreten werden.
3. Die Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende müssen Mitglieder von alliance care sein.
4. Die Mitglieder der GKP dürfen keinem anderen Organ des Vereins im Sinne von Art. 5 der Statuten angehören.
5. Die GPK konstituiert sich selbst: Sie wählt aus ihrer Mitte gemäß Art. 8 Abs. 3 der Statuten ein Mitglied zum Vorsitzenden und ein Mitglied zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Art. 4 Unabhängigkeit und Interessenkonflikte

1. Die Mitglieder der GKP üben ihr Mandat völlig unabhängig und ausschliesslich im Interesse des Vereins aus.
2. Sie erhalten von keinem anderen Organ Weisungen.
3. Jedes Mitglied der GKP, das sich in einem tatsächlichen oder scheinbaren Interessenkonflikt befindet, hat dies unverzüglich dem Präsidium der GKP zu melden. Die Meldung wird im Protokoll vermerkt.
4. Das betreffende Mitglied ist in allen Angelegenheiten automatisch befangen:
 - a) ihn persönlich betreffend;
 - b) die die Organisation, aus der er stammt oder in der er eine Funktion ausübt, unmittelbar betreffen;
 - c) in der ein dauerhafter oder schwerwiegender Interessenkonflikt von der Mehrheit der übrigen Mitglieder festgestellt wird.
5. Besteht Zweifel hinsichtlich des Vorliegens eines Interessenkonflikts, entscheidet die GPK mit einfacher Mehrheit, wobei das betroffene Mitglied nicht an der Abstimmung teilnimmt.

Art. 5 Amtszeit

1. Die Amtszeit der Mitglieder der GKP beträgt gemäß Art. 8 Abs. 4 der Satzung vier Jahre.
2. Eine zweimalige Wiederwahl ist möglich, wobei die maximale Gesamtamtszeit zwölf (12) Jahre beträgt.
3. Die Amtszeit erstreckt sich von einer ordentlichen Delegiertenversammlung bis zur nächsten.

Art. 6 Vorzeitiges Ende der Amtszeit und Nachfolge

1. Ein Mitglied der GKP kann aus triftigen Gründen vorzeitig aus dem Amt entlassen werden, insbesondere:
 - a) eine schwerwiegende oder wiederholte Verletzung der Verpflichtungen, die sich aus dem Mandat, der Satzung oder dieser Geschäftsordnung ergeben;
 - b) der Verlust der Wählbarkeitsvoraussetzungen (Zugehörigkeit zu einem anderen Gremium, doppelte Vertretung in der GKP usw.);
 - c) ein dauerhafter und unüberwindbarer Interessenkonflikt, der mit der Ausübung des Mandats unvereinbar ist;
 - d) die dauerhafte Unfähigkeit, das Amt auszuüben;
 - e) die Verletzung der Geheimhaltungspflicht (art. 13).
2. Die GPK stellt die triftigen Gründe mit einer Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder fest, wobei das betroffene Mitglied nicht an der Abstimmung teilnimmt. Sie übermittelt ihre begründete Feststellung an die Delegiertenversammlung, die gegebenenfalls die Abberufung gemäß Art. 6 Abs. 1 Bst. I der Statuten beschliesst.
3. Bevor ein triftiger Grund festgestellt wird, wird das betroffene Mitglied von der GPK angehört. Es kann sich von einer Vertrauensperson unterstützen lassen. Es wird ihm eine Frist von mindestens zehn Tagen eingeräumt, um seine Verteidigung vorzubereiten.
4. Im Falle eines Rücktritts, eines Todesfalls, des Wegfalls der Wählbarkeitsvoraussetzungen oder einer Abberufung wählt die Delegiertenversammlung in ihrer nächsten Sitzung ein neues Mitglied für die verbleibende Amtszeit.

III. AUFGABEN UND KOMPETENZEN

Art. 7 Allgemeine Aufgaben und Kompetenzen

1. Die GPK nimmt gemäß Art. 8 der Satzung folgende Aufgaben wahr.
2. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben überprüft sie die Übereinstimmung der Tätigkeiten der Organe mit den Statuten, den Reglementen und den Beschlüssen der Delegiertenversammlung und prüft die Verwendung der Vereinsmittel im Hinblick auf Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit, Zielerreichung und Übereinstimmung mit der von der Delegiertenversammlung genehmigten Strategie.
3. Die interne Prüfung des Jahresabschlusses, die Konsultation zu Angelegenheiten von erheblicher finanzieller Tragweite und die Erstellung des Jahresberichts sind in den Artikeln 8, 9 bzw. 11 dieses Reglements geregelt.
4. Stellt die GPK Verstösse gegen die Statuten, die Reglemente, die Beschlüsse der Delegiertenversammlung oder die Grundsätze der ordnungsgemässen Geschäftsführung fest, informiert sie unverzüglich den Pflegeausschuss und die Geschäftsleitung. Werden innerhalb einer angesichts der Schwere des Sachverhalts angemessenen Frist keine Abhilfemassnahmen ergriffen, befasst die CdG die Delegiertenversammlung direkt mit einem außerordentlichen schriftlichen Bericht und kann gegebenenfalls die Einberufung einer außerordentlichen Delegiertenversammlung im Sinne von Art. 6 der Statuten empfehlen.

Art. 8 Finanzkontrolle (interne Revision)

1. Die GPK führt eine interne Prüfung des Jahresabschlusses durch.
2. Die GPK nimmt den Bericht der externen Revisionsstelle zur Kenntnis und stützt sich darauf. Sie konzentriert ihre Prüfung auf die Finanzführung, insbesondere:
 - a) die Ordnungsmässigkeit der Buchführung im Hinblick auf die Statuten, die Reglemente und die Beschlüsse der Delegiertenversammlung;
 - b) die Übereinstimmung der Ausgaben mit dem von der Delegiertenversammlung genehmigten Budget und den Beschlüssen des Pflegeausschusses;
 - c) die Angemessenheit der wichtigsten finanziellen Verpflichtungen im Hinblick auf die von der Delegiertenversammlung genehmigte Strategie;
 - d) die Umsetzung der Bemerkungen und Empfehlungen, die die externe Revisionsstelle in den vorangegangenen Geschäftsjahren abgegeben hat.
3. Sie kann Empfehlungen an den Pflegeausschuss und die Delegiertenversammlung richten.

Art. 9 Konsultation und Anhörungen

1. Die GKP kann zu jeder Angelegenheit von erheblicher finanzieller oder strategischer Tragweite konsultiert werden oder eine Anhörung beantragen.
2. Sie kann Mitglieder des Pflegeausschusses, Mitglieder der Geschäftsleitung, Mitglieder der Kommissionen oder betroffene Dritte anhören.
3. Sie kann an die Delegiertenversammlung und den Pflegeausschuss nicht bindende Stellungnahmen oder Empfehlungen richten.
4. Die Geschäftsleitung informiert die GPK vorab über alle nicht im von der Delegiertenversammlung genehmigten Budget vorgesehenen Verpflichtungen, die einen Betrag von mehr als einhunderttausend (100'000) Schweizer Franken betreffen, sowie über alle Immobilientransaktionen. Die CdG verfügt über eine Frist von fünfzehn Tagen, um eine Empfehlung an den Pflegeausschuss abzugeben. Bei Unregelmäßigkeiten oder erheblichen Risiken kann sie die zuständigen Organe gemäß Art. 7 Abs. 4 dieses Reglements anrufen.

Art. 10 Auskunftsrechte

1. Die GPK verfügt bei der Ausübung ihres Mandats über ein umfassendes Auskunftsrecht.
2. Sie kann alle erforderlichen Unterlagen einsehen, vorbehaltlich gesetzlicher Geheimhaltungspflichten.
3. Der Pflegerat und die Geschäftsleitung sind verpflichtet, ihm die angeforderten Informationen und Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist, in der Regel innerhalb von zwanzig (20) Tagen, zur Verfügung zu stellen.
4. Jede ungerechtfertigte Ablehnung oder Verzögerung wird im Jahresbericht der GPK an die Abgeordnetenversammlung festgehalten.

IV. INTERNE ORGANISATION

Art. 11 Funktionsweise und Entscheidungsfindung

1. Die GKP tritt so oft wie nötig zusammen, mindestens jedoch zweimal (2) pro Jahr.
2. Die Sitzungen können vor Ort, per Videokonferenz oder in einer Mischform stattfinden.
3. Er ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist.
4. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder gefasst. Stimmenthaltungen werden bei den abgegebenen Stimmen nicht mitgezählt.

5. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
6. Der Verwaltungsrat kann auch im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren beschließen, wenn die Dringlichkeit dies rechtfertigt oder wenn der Gegenstand keine Beratung erfordert; die Antwortfrist beträgt mindestens sieben (7) Kalendertage, die im Falle einer hinreichend begründeten Dringlichkeit auf drei (3) Werktage verkürzt werden kann.
7. Der Sitzungskalender der GPK wird mit dem Sitzungskalender des Pflegeausschusses und der Delegiertenversammlung abgestimmt, damit die Berichte und Stellungnahmen der GPK rechtzeitig in die Entscheidungen dieser Gremien einfließen können.
8. Die Sitzungen können (i) einen für Gäste, insbesondere die Geschäftsleitung, den Pflegerat oder Experten, zugänglichen Teil und (ii) einen nichtöffentlichen Teil umfassen, der den Mitgliedern der GPK vorbehalten ist. Für jeden Teil wird ein separates Protokoll angefertigt; das Protokoll des nichtöffentlichen Teils ist ausschliesslich an die Mitglieder der GPK gerichtet.
9. Die Unterlagen für die Sitzungen werden den Mitgliedern mindestens zehn (10) Tage vor dem Sitzungstermin zur Verfügung gestellt, es sei denn, es liegt ein hinreichend begründeter dringender Fall vor.
10. Auf schriftlichen und begründeten Antrag von mindestens zwei Mitgliedern der GPK beruft der Vorsitz innerhalb von vier Wochen eine Sitzung ein.

Art. 12 Dokumente und Sprachen

1. Die offiziellen Sprachen von alliance care sind Deutsch und Französisch.
2. Die Sitzungen der GPK finden nach Möglichkeit mit Simultanübersetzung in die beiden Amtssprachen statt. Dabei wird vorzugsweise ein Online-Übersetzungstool verwendet.
3. Die der GPK vorgelegten Unterlagen werden, soweit möglich, spätestens zum Zeitpunkt ihrer Übermittlung an die Mitglieder in beiden Amtssprachen zur Verfügung gestellt.
4. Jedes Mitglied der GPK hat das Recht, sich in der Amtssprache seiner Wahl zu äussern und abzustimmen.
5. Der Jahresbericht an die Delegiertenversammlung wird in beiden Amtssprachen verfasst.

Art. 13 Datenschutz

1. Die Mitglieder der GPK sind zur Vertraulichkeit hinsichtlich aller Informationen verpflichtet, die sie in Ausübung ihres Mandats erhalten, insbesondere hinsichtlich der Beratungen, der individuellen Standpunkte und der eingesehenen Unterlagen.
2. Diese Verpflichtung besteht auch nach Ablauf des Mandats fort.
3. Ein Verstoß gegen die Geheimhaltungspflicht kann gemäss § 6 dieser Verordnung einen triftigen Grund für die vorzeitige Beendigung des Mandats darstellen.

Art. 14 Ressourcen und externes Fachwissen

1. Die GKP verfügt über die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen personellen, materiellen und finanziellen Mittel.
2. Sie legt der Delegiertenversammlung jährlich zusammen mit ihrem Jahresbericht einen eigenständigen Budgetvorschlag für das folgende Geschäftsjahr vor. Dieses Budget wird von der Delegiertenversammlung genehmigt und darf ohne deren Zustimmung nicht geändert werden.
3. Im Rahmen ihres genehmigten Budgets entscheidet die Pflegekommission allein über die Hinzuziehung externer Fachleute sowie über deren Auftrag und die Auswahl des Experten. Sie ist keiner vorherigen Genehmigung durch den Pflegerat oder die Direktion unterworfen.
4. Übersteigt der Bedarf an externem Fachwissen das genehmigte Budget, befasst die Geschäftsleitung direkt die Delegiertenversammlung, gegebenenfalls im Rahmen einer ausserordentlichen Sitzung im Sinne der Statuten. Sie ist nicht verpflichtet, die Zustimmung des Pflegeausschusses einzuholen, insbesondere wenn das Fachwissen Angelegenheiten betrifft, die den Ausschuss selbst betreffen.
5. Die Leitung von alliance care bietet der GKP die für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche administrative und logistische Unterstützung.

V. BERICHTE, RECHTSMITTEL UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 15 Entschädigungen

1. Die Mitglieder der GKP erhalten für die Ausübung ihres Mandats eine Aufwandsentschädigung.
2. Die Höhe und die Modalitäten der Entschädigung werden von der Delegiertenversammlung auf Vorschlag der GPK selbst festgelegt.
3. Die Vergütung umfasst in der Regel Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Sitzungen sowie eine Pauschale für die Aufsichtstätigkeit außerhalb der Sitzungen, insbesondere für die Durchsicht von Unterlagen, Kontrollen und die Erstellung des Jahresberichts.
4. Die tatsächlichen Kosten werden auf der Grundlage der geltenden Tarife von alliance care erstattet.

Art. 16 Protokoll und Jahresbericht

1. Über jede Sitzung der GKP wird ein Protokoll angefertigt. Dieses wird in der folgenden Sitzung genehmigt.
2. Die GPK erstellt jedes Jahr zuhanden der Delegiertenversammlung einen schriftlichen Bericht, in dem sie die Wahrnehmung ihres Mandats im vergangenen Geschäftsjahr darlegt.
3. Dieser Bericht enthält insbesondere:
 - a) eine Beurteilung der Geschäftsführung des Pflegeausschusses, der Geschäftsleitung und der übrigen Organe, die seiner Aufsicht unterstehen;
 - b) die Ergebnisse der internen Prüfung des Jahresabschlusses und die wichtigsten Feststellungen;
 - c) etwaige Empfehlungen an die Delegiertenversammlung und den Pflegerat;
 - d) der eigenständige Haushaltsentwurf der GKP für das kommende Haushaltsjahr;
 - e) gegebenenfalls ungerechtfertigte Verweigerungen oder Verzögerungen bei der Ausübung des Rechts auf Information im Sinne von Art. 10 Abs. 4.
4. Der Jahresbericht wird den Delegierten zusammen mit der Einladung zur ordentlichen Delegiertenversammlung spätestens vierunddreissig (4) Wochen vor deren Beginn zugestellt.

Art. 17 Rechtsmittel

1. Gegen die von der GPK in Ausübung ihres Mandats getroffenen Entscheidungen kann gemäss Art. 12 der Statuten und der Geschäftsordnung der Rekurskommission Beschwerde eingelegt werden.
2. Vorbehalten bleiben Entscheidungen, die laut Satzung oder Reglement ausdrücklich einer anderen Instanz zur endgültigen Entscheidung auf interner Ebene zugewiesen sind.

Art. 18 Verabschiedung, Änderung und Inkrafttreten

1. Dieses Reglement wird von der Delegiertenversammlung auf Antrag der GPK gemäss Art. 6 Abs. 1 Bst. n der Statuten verabschiedet.
2. Jede Änderung dieser Verordnung erfolgt nach demselben Verfahren.
3. Dieses Reglement tritt mit seiner Verabschiedung durch die Delegiertenversammlung in Kraft.

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung von alliance care

Der _____